D-02-013

Dringlichkeitsantrag: Humanität und Ordnung: für eine anpackende, pragmatische und menschenrechtsbasierte Asyl- und Migrationspolitik

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Meike Gerwin (KV Gelsenkirchen)

Änderungsantrag zu D-02

Von Zeile 13 bis 22:
~~Vor diesem Hintergrund war es wichtig, dass Bund und Landesregierungen unterschiedlicher Konstellation im Rahmen der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) vom 6. November in der Lage waren, zu einer breiten Einigung unter den demokratischen Parteien zu kommen. Diese Einigung bietet eine Grundlage, um die Kommunen bei der Bewältigung ihrer großen Aufgabe zu unterstützen. Auch wenn wir Punkte, wie etwa die geplante Verlängerung des Grundleistungsbezugs des Asylbewerberleistungsgesetzes oder die Prüfung von Asylverfahren in Transit- und Drittstaaten kritisieren: Unsere Demokratie ist stark und muss dies durch ihre Lösungskompetenz und Handlungsfähigkeit zeigen. Das Vertrauen der Menschen in diesem Land in demokratische Institutionen hängt auch davon ab, ob die Herausforderungen angegangen werden.~~Auch Punkte, wie etwa die geplante Verlängerung des Grundleistungsbezugs des Asylbewerberleistungsgesetzes oder die Prüfung von Asylverfahren in Transit- und Drittstaaten sind dabei leider sowohl realitätsfern und wirkungslos, als auch purer Populismus und rassistische Diskriminierung. Unsere Demokratie ist stark und muss dies durch ihre Lösungskompetenz und Handlungsfähigkeit zeigen. Dabei braucht es allerdings Ehrlichkeit, wirkliche Lösungsvorschläge und eine konstruktive Migrationspolitik, die die Rechte aller achtet und tatsächliche Entlastung für überlastete Strukturen schafft. Das Vertrauen der Menschen in diesem Land in demokratische Institutionen hängt auch davon ab, ob die Herausforderungen angegangen werden - Scheinlösungen und das Aufgreifen rechter Forderungen werden nur zu Enttäuschung und letztlich zu mehr Zustimmung für rechte Populist*innen führen. Wir wissen, dass wir Verantwortung für den Zusammenhalt im Land tragen. Unser Land kann

Begründung

Auf der MPK wurden kaum bis gar keine Maßnahmen beschlossen, die zu einer tatsächlichen Entlastung der Kommunen oder anderer Strukturen führen werden, geschweige Flüchtenden helfen. Wir wollen Scheinlösungen, Symbolpolitik und Populismus klar als solchen danennen und uns dagegen stellen. Denn wir wissen, welche Lösungen wirklich helfen könnten, und sollten uns dafür einsetzen, statt eine Diskursverschiebung nach rechts hin zu einer "Das Boot ist voll"-Erzählung mitzugehen.

weitere Antragsteller*innen

Birgit Vasiliades (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Cim Kartal (KV Bielefeld); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Ocean Renner (KV Nordfriesland); Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Sabine Yündem (KV Remscheid); Sascha Krieger (KV Berlin-Pankow); Dennis Nawrot (KV Gelsenkirchen); Sandra Smolka (KV Freising); Astrid Stahn (KV Rhein-Sieg); Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); Antje Westhues (KV Bochum); Benjamin Rauer (KV Minden-Lübbecke); Marcus Schmitt (KV Main-Taunus); Simon Gast (KV Osnabrück-Land); Fiona Macdonald (KV Berlin-Mitte); Stephan Wiese (KV Lübeck); Christoph Husemann (KV Berlin-Mitte); Philipp Schmagold (KV Plön); sowie 68 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.